

Soyabohnen geltend; doch lehnte die englische Regierung es ab, das Einfuhrverbot für diesen Artikel aufzuheben, weil sie die Verwendung von Frachtraum für Einfuhren aus dem fernsten Osten, d. h. aus Wladiwostok und Dalny, unrationell findet.

Palmkerne betreffend berichtet der „London Grain, Seed- and Oil-Reporter“ vom 28. Sept., daß sich an sämtlichen afrikanischen Häfen infolge fehlenden Frachtraumes eine An-

häufung von verschiffungsbereiten Palmkernen störend bemerkbar mache, und daß auf der Strecke von Calabar bis Sierra Leone eine Gesamtmenge von 100 000 Tonnen seit langem auf Verladung warte.

In der „Nigeria Government Gazette“ vom 9. August wird eine Bekanntmachung der Regierung veröffentlicht, daß Palmöl künftig nur nach Großbritannien ausgeführt werden darf.

Nord und Süd in China

Die telegraphischen Nachrichten aus China sind spärlich und meist zweifelhafter Natur. Erst kürzlich beklagte sich selbst der Manchester Guardian über das Dunkel, das Reuters Bericht-erstattung über die chinesischen Zustände breite.

Die große politische Frage ist, ob es dem von Japan geleiteten Suan-Ministerium gelungen ist, die Führer des Südens, die unter Sun Yat-sens Leitung in Kanton eine separate provisorische Regierung errichtet haben, zur Unterwerfung zu bringen. Dies scheint bis heute nicht der Fall zu sein.

*

Aber das früher geschilderte japanisch-amerikanische Gegenspiel bietet die ostasiatische Presse noch einige interessante Belege. Am Tage vor der amerikanischen Note gegen die militärischen Umtriebe hatte der Peking-Vertreter der New Yorker Evening Post mit dem Präsidenten Li Yuan-hung eine Unterredung, in der letzterer seine feste Zuversicht auf amerikanische Hilfe ausdrückte. (Evening Post v. 8. 6.)

Am gleichen Tage (5. 6.) forderte der amerikanische Gesandte Dr. Reisch den Präsidenten Li auf, in jedem Falle im Amte zu bleiben. (Japan Advertiser v. 6. 6.)

Li Yuan-hung wurde Anfang Juli durch Tschang Hsun Monarchie beseitigt. Bekanntlich behauptete die ganze Entente-press, daß diese Bewegung auf deutsche Umtriebe zurückzuführen sei. Um so interessanter ist es, daß diese natürlich auch im Osten zur Deutchenheke und Verdeckung der wahren Macher in Umlauf gesetzte Behauptung in einem langen Peking Brief des englischen North China Herald v. 28. 7. widerlegt wird.

Ich hatte bereits früher angedeutet, daß Japan Tschang Hsun Zwischenpiel sehr gelegen kam, da dieser ihm das Odium der Beseitigung des untadelichen Präsidenten abnahm. Bekannt ist, daß Tschang Hsun sich auf die Gefolgschaft der Tutschuns des Nordens auf Grund früherer Abmachungen glaubte verlassen zu können. Von seinen auf mehrere Zehntausende geschätzten Truppen nahm er daher nur 4 oder 5000 mit nach Peking, ein Fehler, der seinen Sturz leicht machte. Aber nicht nur die Tutschuns täuschten ihn. Am 28. Juni war Tschang Hsun noch Gast des japanischen Gesandten, und Japan Advertiser v. 6. 7. läßt sich dazu aus Peking schreiben, daß Tschang Hsun Politik jetzt pro-japanisch sei und daß er sich um Japans Hilfe bewerbe. Man hört nichts von einer Warnung vor monarchistischen Umtrieben und Unruhestiftung. Vielmehr erklärte der auswärtige Minister Japans am 3. 7., daß die Errichtung der Monarchie zu erwarten gewesen sei (Japan Adv. 4. 7.).

Als Tschang Hsun den Präsidenten beseitigt und so seine Mission erfüllt hat, ändert sich das Spiel. Am 10. Juli läßt Japan durch den chinesischen Gesandten in Tokio telegraphisch die Tutschuns zur Unterstützung der Republikanischen Regierung (Suan-Partei) gegen die Monarchie mahnen (Jap. Adv. v. 12. 6.).

Der isolierte, durch Sperrung der in den fremden Banken liegenden Staatsgelder ungenügend finanzierte Tschang Hsun erliegt der Suan-Partei schnell.

Mit der Wiederaufrichtung der Republik entstand die Gefahr der Wiederkehr des an Amerika Anschluß suchenden Präsidenten Li Yuan-hung

zur Regierung. Das japanische Spiel konnte nur Erfolg haben, wenn Li Yuan-hung so oder so beseitigt wurde. Bekanntlich nahm er in der japanischen Gesandtschaft „Zuflucht“, allerdings auf eigenartige Weise. Während der kurzen Tage der Monarchie hatte der Präsident unbehelligt gelebt. Erst während der darauffolgenden Kämpfe geriet er in Gefahr durch einen Mordversuch am 16. Juli. Echo de Chine verrät darüber, daß das Attentat im Anschluß an einen Kampf zwischen den Leuten Suan Tschu-juis und der Präsidentschaftswache erfolgte. Selbstverständlich dementierte Suan am nächsten Tage.

Der anscheinend verwundete Präsident flüchtete darauf ins Gesandtschaftsviertel zum französischen Hospital, wo er nicht aufgenommen ward. Statt in die befreundete amerikanische Gesandtschaft fuhr er jetzt in die japanische, wobei in seiner Begleitung japanische Offiziere gewesen sein sollen. Also ein mißglücktes Attentat mit nachfolgender Entführung in die japanische Gesandtschaft. Von hier aus „verzichtete“ er dann zu wiederholten Malen auf die Präsidentschaft.

Die in Kanton errichtete Südregerung, die sich übrigens auf einen sehr großen Teil des früheren Parlaments stützen kann, verlangte von Japan die Auslieferung Li Yuan-hungs, der sich — was Echo de Chine v. 21. 7. als in Japan notorisch bekannt bezeichnet — nach Kanton begeben hätte, wenn Japan ihn nicht an jeder politischen Betätigung als Überschreitung des Ahlrechtes gehindert hätte. Der japanische Botschafter lehnte Japan Advertiser zufolge die Herausgabe des Präsidenten nicht nur ab, sondern warnte die Südpartei direkt vor weiteren Unruhen, da Japan sonst eingreifen müßte.

Nach neuesten japanischen Nachrichten soll Ex-Präsident Li den Wunsch ausgedrückt haben, sich nach Japan zurückzuziehen. Das heißt, Japan entfernt ihn der Ruhe wegen aus China und behält zugleich die Möglichkeit, ihn gelegentlich, falls es einmal zweckmäßig sein sollte, wieder auftauchen zu lassen.

Li Yuan-hung kannte offenbar alle seine „Freunde“ genau und hatte ihnen den Schmerz angetan, daß er rechtzeitig die Staatsiegel einem zuverlässigen Vertrauten General Sing Hwai anvertraute, der sich damit nach Schanghai in die internationale Niederlassung flüchtete. Als nun der neue Präsident Feng sein Amt antreten sollte, verlangte man Ende Juli von dem General die Auslieferung der Siegel, der das Ansinnen aber ablehnte, so lange man ihm nicht einen handschriftlichen Auftrag des Ex-Präsidenten Li Yuan-hung vorlege. Diesen konnte man von Li nicht beschaffen.

Derselbe Präsident, der angeblich seinen Rücktritt erklärt und den Vizepräsidenten zur Nachfolge aufgefordert hatte, verweigerte diesem die Auslieferung der Staatsiegel!

Nun mußte England helfen, da weder die chinesische Regierung noch Japan dem General in der Schanghaier internationalen Niederlassung zu Leibe gehen konnten. Unter englischem Vorbehalt — mit Beihilfe natürlich der europäischen Entente-freunde, aber gegen die Amerikaner — trat auf Antrag

der Peking Regierung der gemischte Gerichtshof zusammen und beschloß die Auslieferung des Generals Sing Hwai und der Staatsiegel an Peking. Das ganze unerhörte Verfahren dauerte vom Antrag bis zur Vollstreckung des Urteils, wie selbst Echo de Chine v. 29. 7. mißbilligend hervorhebt, ganze drei Stunden. North China Herald v. 28. 7. rühmt diese englische Verletzung des Asylrechtes noch und betont, daß die Extritorialität nicht Revolutionären gegen die anerkannte Regierung Schutz bieten dürfe.

Die Begünstigung der japanisch-militärischen Regierung Tuans durch England und die europäischen Ententemächte geht auch aus der Unterdrückung des Appells hervor, den die Südpartei an das französische, englische und amerikanische Parlament und den Arbeiter- und Soldatenrat in Petersburg richteten; ein Appell des illegal aufgelösten Parlaments gegen die militärische Oligarchie, der Demokratie gegen den Militarismus, unterzeichnet vom Präsidenten des Abgeordnetenhauses und Vizepräsidenten des Senats.

Beachtenswert ist der Kommentar im Echo de Chine, das den Protest v. 28. 7. abdruckte: „Die chinesische Regierung richtet noch einmal einen Appell an den Kongreß der Vereinigten Staaten im Namen der Demokratie. Dieser Ruf wird wahrscheinlich im Herzen der Amerikaner Widerhall finden, aber andererseits wird Washington mit der größten Vorsicht handeln, um nicht in Japan anzustoßen.“ Man beachte: die Südpartei und das Rumpsparlament, hier schlechtweg noch als „chinesische Regierung“ bezeichnet, aber andererseits kein Wort darüber, daß auch Frankreich gerufen wurde und versagte.

So halfen die europäischen Ententemächte aktiv und passiv bei der Aufrichtung der japanisch geleiteten Militärregierung in China.

Die neuere Entwicklung ist schwer zu übersehen. Der Süden hat eine Stütze in der chinesischen Flotte gefunden. Das erste chinesische Geschwader hat Ende Juli seine Unabhängigkeit von Peking proklamiert und ist von Schanghai nach Kanton abgedampft. Da dies Geschwader alle seefähigen Schiffe umfaßt, so bleiben nur 20 Schiffe für den Dienst im Yangtsefluß, mit denen die Peking Regierung gegen den Süden nichts ausrichten kann. Da Japan ein offenes Eingreifen zu vermeiden sucht, aus Rücksicht auf die künftigen Beziehungen zu China und auf Amerika, mit dem man zurzeit sich auseinandersetzt, so muß die Nordregierung auf dem Landwege mit eigenen Truppen den Süden unterwerfen.

Das Kräfteverhältnis läßt sich nicht klar übersehen. Der vom Süden nach Tokio entsandte Senatspräsident Tschang Tschü behauptete lt. Jap. Adv. v. 22. 8., daß die Provinzen Yunnan, Kweichow, Kwangtung, Kwangsi, Hunan und Szechwan bereits sich fest zusammenschließen hätten und daß weitere Provinzen sich noch anschließen würden. Das kann allerdings nicht ganz zutreffen, denn die vor Monaten begonnenen Kämpfe in Szechwan zwischen den heimischen und den Yunnan-Truppen dauern immer noch an. Aberdies droht von Tibet aus eine monarchische Bewegung (Kaiserthum Song-Tsche, gestützt auf chinesische und tibetantische Clans; bedroht sind lt. Eb. Ch. v. 29. 7. zunächst Mongkong, Sampa, Saofu.

Auf der anderen Seite hat die Nordregierung zunächst noch mit den Truppen Tschang Hsun fertig zu werden, mit denen während der Kaiserzeit von Anhwei aus auch die Nachbarprovinzen zum Teil besetzt waren, und die jetzt anscheinend auf eigene Faust operieren, während ihr Herr in der holländischen Gesandtschaft vielleicht nur auf eine Fluchtgelegenheit wartet, weswegen wieder die Alliierten auf Auslieferung drängen.

Bei dieser Sachlage ist es verständlich, daß der Ministerpräsident Tuan bestrebt ist, seiner Autokratie wieder einen verfassungsmäßigen, parlamentarischen Anstrich zu geben, um so an Anhang zu gewinnen. Er hat einen „Nationalrat“ einberufen, der die Kriegserklärung sanktionieren und die neuen Gesetze für die Wahlordnung und Organisation des Parlaments beschließen soll.

Nach höchstens einjähriger Dauer dieses Parlamentsersatzes soll dann das neue Parlament gewählt und einberufen werden (Jap. Adv. 10. 8.) Ursprünglich, so erzählt Echo de Chine v. 12. 8., sollten pro Provinz 5 Vertreter in den Nationalrat entsandt werden, inzwischen habe man sich mit einem begnügt, so daß der Rat einfach eine neue Militär-gouverneurkonferenz darstellen würde, da die Gouverneure natürlich sich oder einen sicheren Vertrauensmann delegieren würden. Im übrigen hat sich die Regierung die Ausmerzung unbequemer Vertreter vorbehalten, da nach Jap. Adv. v. 10. 8. die Qualifikation der Provinzvertreter vom Minister des Innern geprüft werden soll.

Wie das auf solcher Grundlage geschaffene Parlamentsgesetz ausfallen wird, kann man sich denken. Aberdies hat sich auch der japanische Berater der chinesischen Regierung, Dr. Uriga, in Tokio lt. Jap. Adv. v. 17. 8. deutlich darüber ausgesprochen: „Die nächste Forderung des chinesischen Volkes nach all den bitteren Erfahrungen wird sein, daß eine Regierungsform mit dem Ministerium als Zentrum errichtet wird; d. h. eine Regierung, bei der das Ministerium größere Machtbefugnisse erhält und das Parlament nur eine überwachende Tätigkeit ausübt.“

Wenn Tuan mit seinem Nationalrat auch bei den Demokraten keinen Anhang gewinnen wird, so mögen doch einige zweifelhafte Provinzgouverneure an dem Gedanken eines Scheinparlaments Geschmack finden und sich von der Regierung einfangen lassen. Die Überwindung des Südens wird allerdings auf diesem Wege nicht erreicht werden. Hierzu braucht man Truppen und möglichst Schiffe.

Zur selben Zeit, als die Flotte sich gegen die Regierung in Peking erklärte, wurde die Behauptung lanziert, daß die Südbewegung von den Deutschen gemacht sei und daß die Gefahr eines Verkaufs der Flotte an die Deutschen als Raperschiffe bestehe, weswegen ein Verkauf der Flotte an die Alliierten (England oder Japan) dringend zu empfehlen sei (Echo de Ch. v. 27. 7.).

Die einheimische Presse wurde deutlicher und behauptete, daß die Peking Regierung mit einer verbündeten Macht über den Verkauf der Flotte verhandele. Trotz Dementierung ist dies wohl denkbar, da Japan, das als Käufer allein in Frage kommt, dann als Eigentümer von der Südpartei die Auslieferung der Flotte verlangen, also einen eventuell nötigen hochpolitischen Gewaltakt in harmloses Gewand hüllen könnte.

Möglich auch, daß man England vorschieben will. Wenigstens liegt eine Meldung vor, daß ein englischer Flußdampfer nahe Kanton durch die Garnison eines Forts beschossen sei, die den Dampfer für ein Truppentransportschiff des Nordens gehalten haben will (Echo de Ch. v. 28. 7.). Ob England den Vorwand benutzen wird, um gegen den Süden vorzugehen, bzw. Japan mit dem Schutz seiner Rechte zu beauftragen, bleibt abzuwarten. Jedenfalls wird der Vorfall bereits im „London and China Telegraph“ aufgegriffen.

Immerhin dürfte ein aktives Vorgehen Japans gegen den Süden, das gegebenenfalls Fuzien als Basis einer Landoperation haben würde, erst erfolgen, wenn keine andere Möglichkeit mehr vorhanden ist, rechtzeitig vor Kriegsschluß den Süden gefügig zu machen. Vorläufig wird Japan sich wohl

begnügen, auf indirektem Wege, vor allem durch Kreditgewährung, die Pekinger Regierung zu stärken, wobei man nicht vergessen darf, daß die Zugeständnisse an Japan nur größer werden, wenn die Regierung sich in gedrückter Lage befindet. Außerdem läßt sich auch den anderen Mächten, namentlich Amerika, gegenüber bei getrübbten Verhältnissen vieles besser vertuschen und bemänteln.

Schließlich dürfte in China die gewaltige Überschwemmungskatastrophe alle politischen Fragen in den Hintergrund drängen. Nach einer furchtbaren Dürre begannen Mitte Juni in Nord-

und Mittelchina anhaltende Regenfälle einzusetzen. Die Ernten, die vorher von der Dürre schwer geschädigt waren, erlitten neuen Schaden durch zu reichlichen Regen.

Politische Zersplitterung, Miskerte und drohende Hungersnot und das unermessliche Überschwemmungselend am gelben Flusse, der seine Dämme zerbrach und seine Fluten wie ein Symbol des ausgewählten Chinas gegen das Fremdenzentrum des Nordens wälzte, kennzeichnen Chinas Lage in der Zeit, da es von den weißen Mächten an Japan ausgeliefert ward.

Dr. P. Heile

Vermischtes

Von den englischen Textilmärkten. Die Bestimmungen über die Einschränkung in der Baumwollindustrie sind dahin abgeändert worden, daß anstatt einer Vergütung in abwechselnder Höhe von $\frac{1}{8}$ bis $\frac{3}{4}$ d auf sämtliche Spindeln nunmehr eine gleichmäßige Vergütung von $1\frac{1}{4}$ d pr. mule spindle und von $1\frac{7}{8}$ d pr. ring spindle zu zahlen ist, aber nicht auf alle vorhandenen Spindeln, sondern nur auf die Anzahl, die 60 % der tatsächlichen Leistungsfähigkeit überschreitet. Man scheint anzunehmen, daß immerhin mehr gearbeitet werden wird, als zunächst erwartet wurde, weil die Fabrikanten in den jetzigen Zeiten ungern Arbeiter entlassen, die später vielleicht nur schwer zurückzuholen sind; es steht daher noch sehr dahin, bis zu welchem Grade die vorhandenen Baumwollvorräte aufgespart werden. Das Liverpooler Termingeschäft ist am 1. Oktober wieder aufgenommen worden, jedoch unter gewissen Einschränkungen, darunter namentlich die, daß zunächst nur pr. Januar/Mai gehandelt werden darf und dann jeweilig nach Ablauf des betreffenden ersten Monats für einen weiteren Monat, also immer nur für 5 Monate gleichzeitig; um größeren Preisdifferenzen entgegenzutreten, ist ferner bestimmt, daß sich gegen den Schluß des vorhergehenden Tages keine Abweichungen ergeben dürfen, die 1 d pr. lb überschreiten, und daß auch an demselben Tage die Differenzen nie 1 d überschreiten dürfen; sodann dürfen Aufträge nur für Rechnung britischer Firmen und der verbündeten Länder ausgeführt werden, nicht aber für Rechnung der neutralen Länder; weiter ist für irgend welche Geschäfte nur ein Maximalnutzen von 5 % auf die offiziell notierten Preise gestattet. Der Erfolg dieser Maßregeln muß abgewartet werden; man benötigt ja vor allem stärkere Zufuhren, was man durch die Wiedereröffnung des Terminmarktes zu erreichen hofft; ohne diesen war es für die Händler eben zu riskant, Baumwolle übersee zur Einfuhr nach England einzukaufen, weil sie sich gegen einen eventuellen Preisverlust bis zum Eintreffen der Ware durch Verkauf im Terminmarkt nicht eindecken konnten. Ende September waren auf Großbritannien nach dem „Manchester Guardian“ schwimmend 197 000 Ballen gegen 204 000 Ballen letztes Jahr; der Liverpooler Vorrat betrug gleichzeitig 265 530 Ballen gegen 260 510 Ballen in der Vorwoche und 563 520 Ballen Ende September 1916; übrigens soll ein sehr erheblicher Teil der Vorräte in Liverpool bereits früher von den Lancashire Fabrikanten gekauft und deren Eigentum sein, so daß die betreffenden Quantitäten dem Marke nicht mehr zur Verfügung stehen. Der amtliche amerikanische Bericht schätzt die laufende Ernte auf nur 12 047 000 Ballen, während die Privatschätzungen zum Teil erheblich höher lauten, nämlich auf $13\frac{1}{2}$ bis 14 Mill. Ballen und sogar noch mehr; jedenfalls sind die Ansichten seit Ende August ungünstiger geworden; dementsprechend haben die Preise in den letzten Wochen auch recht erheblich angezogen; in New York wurde am 11. ds. 27,35 per Oktober und 26,90 cts per November notiert, d. h. eine Steigerung seit Anfang September von 20 bis 25 %. In Ägypten soll die Baumwollkultur auf

Veranlassung der englischen Regierung zugunsten des Weizenanbaus eingeschränkt werden; die Lancashire Fabrikanten sind mit dieser Maßregel natürlich durchaus nicht zufrieden.

Die Versorgung Englands mit Wolle wurde kürzlich wie folgt angegeben: Vorrat am 30. Juni a. c. 240 080 000 lbs; Einfuhr 1917/18 veranschlagt auf 241 651 000 lbs, Ertrag der Landeschur 100 000 000 lbs; demnach verfügbar für den Konsum bis zum 30. Juni 1918 ca. 581 731 000 lbs, Verbrauch bis dahin a 40 Mill. lbs per Monat ca. 480 000 000 lbs, so daß Ende Juni 1918 ein Vorrat von ca. 101 731 000 lbs verbleiben würde, und zwar sind die Gewichte nach Reinigung der Wolle zu verstehen. Es wurde zu diesen Zahlen bemerkt, daß sie nur ausnahmsweise infolge vorgekommener Indiskretionen bekannt gegeben seien; fortan würde eine derartige Veröffentlichung nicht wieder erfolgen. Die Wollfabriken sollen sämtlich sehr stark beschäftigt sein, und zwar nicht nur mit Aufträgen der englischen Regierung für das Heer und die Marine, die allerdings die Hauptsache sind, sondern auch mit solchen der verbündeten Regierungen, die sozusagen sämtlich auch in der letzten Zeit noch wieder starke Bestellungen untergebracht haben sollen, wie der „Economist“ berichtete, der noch besonders Portugal erwähnt. Sind die angegebenen Zahlen richtig, so ist England mit Wolle vorläufig gut versorgt und hat keinen Materialmangel zu befürchten, wenn es gelingt, die in den englischen Kolonien und Dominionen gekaufte Wolle rechtzeitig heranzubringen; es wird bemerkt, man habe bis jetzt mit den Wolladungen hinsichtlich der Torpedierungen Glück gehabt. Der Ankauf der australischen Wolle im November 1916 erforderte angeblich ein Kapital von 35 Mill. £ gegenüber einem solchen von $6\frac{1}{2}$ Mill. £ für die englische Schur; alles wurde durch die Regierung selbst in Australien und Neuseeland besorgt, die angeblich ca. 10 % unter dem offiziellen Marktpreis kaufte; es wird behauptet, daß durch die Kontrolle des Marktes und der Fabrikation, d. h. durch die Ausschcheidung hoher Kriegsgewinne, der Regierung ca. 13 Mill. £ erspart worden sind. Die Rapwolle scheint noch nicht von der Regierung gekauft worden zu sein; es spielen dabei politische Gründe mit, da man keinen Druck auf die Buren ausüben möchte, die einen freien Markt verlangen.

M. H. Schr.

Von den englischen Rohstoffmärkten. Die „Times“ behauptet, daß England jetzt 4 Mill. tons Stahl mehr produziert als jährlich vor dem Kriege. Von Sheffield wird Knappheit an Rohmaterial gemeldet, obgleich die Regierung die Ausfuhr von Fabrikaten beschränkt, so daß die Produktion im ganzen etwas abgenommen habe; allerdings sind die Bestellungen der Regierung sehr umfangreich, aber weniger rentabel für die Fabrikanten, weil die Preise scharf kontrolliert werden; die Preisforderungen werden gegebenenfalls einfach nicht bewilligt und an ihrer Stelle Preise vorgeschrieben, die angeblich nur einen mäßigen Nutzen lassen. — Das ganze Rohlen-